

# Euler Hermes Rating - Special Comment

## Debatte um die Strompreisbremse

22. Mai 2013

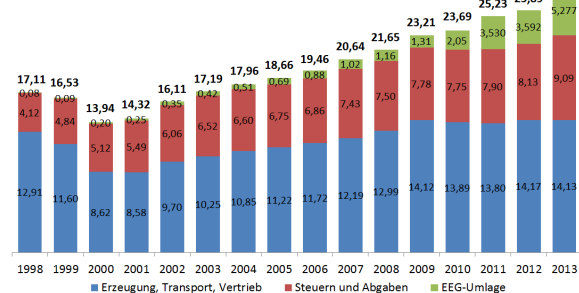


EULER HERMES

Das erste Quartal 2013 war geprägt durch politische Diskussionen um die stark steigenden Stromkosten, die Rolle der Erneuerbaren Energien und deren Förderung. Die Bundesminister Altmeier und Rösler hatten in diesem Zusammenhang ein gemeinsames Konzept vorgestellt. Das allgemein als „Strompreisbremse“ bezeichnete Papier rief große Verunsicherung in der Branche sowie bei Banken und Investoren hervor. Der Vorschlag scheiterte vorerst am 21. März 2013 beim Energiegipfel im Bundeskanzleramt, die Verunsicherung blieb bestehen. Hat die Energiewende bereits einen Dämpfer erlitten? In unserem folgenden Special Comment möchten wir einen Standpunkt anhand der Windenergiebranche formulieren.

Die steigenden Strompreise sind die unangenehmste Nebenwirkung der Energiewende. Innerhalb der Eurozone ermittelte ein EuroStat-Vergleich die höchsten Strompreise für Privathaushalte in Deutschland (2011), mit einem Anteil von aktuell 50% an Steuern und Abgaben (BDEW). Eine Ursache ist die stark gestiegene EEG-Umlage:

Durchschnittlicher Strompreis eines Drei-Personen-Haushalts in ct/kWh  
Jahresverbrauch von 3.500 kWh



Datenquelle: BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, Januar 2013

Das BMU prognostizierte aufgrund verschiedener Faktoren (Börsenstrompreis, Ausbau) einen sprunghaften Anstieg der Umlage von derzeit 5,277 ct/kWh auf bereits 7 Cent in 2014. Wahlkampf wirksam wurde eine Debatte über die langfristig ausufernden Kosten der Energiewende entfacht.

### Eckpunkte des Altmeier/Rösler Papiers:

Um die Erhöhung der Strompreise zu stoppen, sollen neue und bestehende Ökostromanlagen sowie die energieintensive Industrie einen Beitrag zur Kostendämpfung der Ökostrom-Umlage leisten. Konkret wurde eine einmalige Kürzung der Fördersätze um 1,5% für alle Ökostromanlagen (alte und neue) sowie ein Abbau der Umlagenbefreiung für die Industrie vorgeschlagen. Hierdurch sollen die jährlichen Kosten für die Ökostrom-Umlage um 1,86 Milliarden Euro sinken. Zudem solle die Ökostrom-Umlage auf dem derzeitigen Niveau für zwei Jahre eingefroren werden und danach nur noch um bis zu 2,5% pro Jahr steigen dürfen. Als zusätzliche kurzfristige Maßnahmen wurde für neue Anlagen ab August 2013 eine fünfmonatige Förderung zum (meist niedrigeren) Marktwert mit anschließend reduzierten Anfangsvergütungen sowie die Abschaffung diverser Boni (z. B. SDL, Management, Gülle) vorgeschlagen.

### Auswirkungen auf Vergütungssätze bei Windenergie:

Aufgrund des hohen Anteils der Windenergie (2012: 33,8%) bei der Strombereitstellung aus erneuerbaren Energien in Deutschland, müsste die Windenergiebranche auch den größten Anteil der vorgeschlagenen Einsparmaßnahmen schultern. Konkret soll für neue Windenergieanlagen an Land die Anfangsvergütung von heute 9 ct/kWh auf 8 Cent gesenkt werden. Boni für Modernisierung (Repowering: 0,49 ct/kWh), Systemdienstleistungen (SDL: 0,5 ct/kWh) und Direktvermarktung (Mgmt.-Prämie: bis zu 0,75 ct/kWh) sollen zukünftig ersatzlos gestrichen werden. Bei Bestandsanlagen soll die Vergütung einmalig pauschal um 1,5% abgesenkt werden. Ein Bestandsschutz für unter anderen gesetzlichen Rahmenbedingungen in Betrieb genommene Anlagen wäre damit zum ersten Mal nicht mehr gewährleistet. Mit dem Eingriff in die bestehende als auch zukünftige Vergütungsstruktur sollen demnach im Ergebnis schätzungsweise bis zu 1 Milliarde Euro allein durch die Windenergiebranche eingespart werden.

Branchenweit werden die Vorstöße für eine kosteneffiziente Gestaltung der Energiewende sowie eine große EEG-Novelle vom Grundsatz her als richtig und notwendig erachtet. Der vorgeschlagene Zeithorizont (noch vor der Bundestagswahl 2013), die Diskussion um die Energiewende selbst sowie der pauschale Charakter der vorgeschlagenen Kürzungsmaßnahmen stoßen jedoch auf heftigen Widerstand innerhalb der Branche. Das Altmaier/Rösler Papier wird im Ergebnis durch die Branche insgesamt als existenzgefährdend und Ängste schürend bewertet.

#### **Gegenargumente der Branche:**

Die alleinige Fokussierung auf die EEG-Umlage ist nach Ansicht der Branche falsch, da diese nur ein Bestandteil des Strompreises ist. Vielmehr beeinflussen auch Abgaben für Altlastenbeseitigung, die Stromsteuer, die Umlagebefreiung für energieintensive Firmen oder die Ausfallentschädigung (Einspeisemanagement) den Strompreis. So fordert die Branche eine Stromsteuersenkung bzw. eine Steuerbefreiung für Regenerativstrom sowie eine Beschränkung der Umlagebefreiungen für nicht im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen. Auch sollen sich Netzbetreiber stärker an den Ausfallentschädigungen beteiligen, wenn ein Windpark bei Kapazitätsproblemen vom Netz genommen werden muss. (Bisher können 95% dieser Kosten auf die Netzentgelte umgelegt werden.)

Eine standortunabhängige Anfangsvergütung von 8 ct/kWh und eine verpflichtende Direktvermarktung, bei gleichzeitiger Abschaffung der Boni, hält die Branche derzeit für nicht realisierbar. Der Ausbau in weniger windreichen Regionen wäre unter diesen Bedingungen gefährdet. Vielmehr wird ein einstufiges und standortgerechtes Vergütungsmodell verlangt, um Überförderung an windreichen Abschnitten zu verhindern und den Ausbau an windärmeren Standorten weiter zu ermöglichen. Der Vorschlag zum Eingriff in den Bestandschutz (1,5%-Kürzung) gefährde zudem die langfristige Investitionssicherheit und dürfe nicht weiter thematisiert werden.

#### **Aktueller Stand der Debatte:**

Nachdem der Vorschlag zunächst am 21. März 2013 beim Energiegipfel im Bundeskanzleramt an der Zustimmung der Bundesländer scheiterte, wurde ein weiteres geplantes

Treffen für Mai bereits Ende April 2013 abgesagt. Nach Ansicht der Bundesregierung sei eine Verständigung mit den Ländern bis zur Bundestagswahl 2013 nicht zu erreichen. Eine grundlegende Überarbeitung des EEG ist damit auf die nächste Legislaturperiode vertagt. Einen Eingriff in den Bestandschutz wird es aber laut Bundesregierung definitiv nicht geben. Bundeskanzlerin Angela Merkel hierzu: "Das ist ein wichtiges Signal und sollte alle, die investieren wollen oder solche Anlagen betreiben, beruhigen".

#### **Einschätzung zur Auswirkung auf die Windenergiebranche:**

Unserer Ansicht nach haben insbesondere die Diskussionen um den Eingriff in die gesetzlich festgelegte Vergütung für bestehende Anlagen nachhaltig negative Auswirkungen auf die Verlässlichkeit der Investitionsbedingungen in Deutschland. Allein durch die Ankündigung des Altmaier/Rösler Papiers und die öffentlichkeitswirksame Diskussion über die Energiewende konnten wir bereits ein Ansteigen von Finanzierungskosten bzw. Risikoaufschlägen bei EEG-Projekten beobachten. Wir glauben, dass dies die Ausbaudynamik verlangsamen wird. Wir glauben außerdem, dass aufgrund des öffentlichen Drucks zur kosteneffizienten Gestaltung der Energiewende zukünftig ein Weg zur Bedarfs- und Marktorientierung eingeschlagen wird. Neben einer stärkeren Steuerung des Ausbaus erneuerbarer Energien, in für die Wirtschaft und das Stromnetz vertretbaren Dimensionen, erwarten wir in diesem Zusammenhang auch die Anpassung gesetzlich garantierter Fördersätze und damit insgesamt eine Verschlechterung der regulatorischen bzw. rechtlichen Rahmenbedingungen. Im Ergebnis leiten wir hierbei zunehmende Branchenrisiken aus einem erhöhten Anpassungsdruck von Herstellern, Zulieferern und Projektierern an die bislang noch nicht konkretisierten aber definitiv bevorstehenden Einschnitte ab.

**Fazit:** Insgesamt haben die Debatte um die „Strompreisbremse“ und die nun für 2014 erwartete EEG-Reform das Branchenklima nachhaltig verschlechtert. Im Geltungsbereich des EEG erwarten wir aufgrund sinkender Fördersätze und Deregulierungstendenzen zunehmende Branchenrisiken, die sich bei entsprechend hohen Marktabhängigkeiten auch auf einzelne Unternehmensratings der Windenergiebranche auswirken könnten.

Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte an die Euler Hermes Rating Deutschland GmbH, erreichbar unter Tel.: 040 8834 640 oder senden sie eine Email an [info@eulerhermes-rating.com](mailto:info@eulerhermes-rating.com)

© Euler Hermes Rating Deutschland GmbH 2013